

Der Vollzugsdienst

3/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Kampagne des BMJV:
Dem „Rechtsstaat ein
Gesicht geben“**

Auch der Beruf des Justizvollzugs-
beamten ist vertreten

Seite 1

**Hohe Belastungslage
des Personals in Hamburg:
„Dampf im Kessel“**

Steigende Gefangenzahlen trotz
rückläufiger Straftaten

Seite 33

**Schließungspläne JVA Trier:
Besuch der Ministerpräsidentin
Malu Dreyer gibt Hoffnung**

Noch ist keine Entscheidung gefallen –
Viele Argumente gegen Schließung

Seite 65

WAHLEN ZUM HAUPTPERSONALRAT 2019 am 2.+3. Juli

Kandidatinnen und Kandidaten des BSBD BADEN-WÜRTTEMBERG

Lesen Sie mehr
dazu auf den
Seiten 16 + 17
dieser Ausgabe

BEAMTE



ALEXANDER SCHMID



MICHAEL SCHWARZ



LARS RINKLIN



DANIEL MEURER



ALEXANDER REES



JÜRGEN SCHEIKE

ARBEITNEHMER



SABINE BISCHOF



SABINE GLAS



UTE EBLE



ANDREA HEHR

AUS DEM VOLLZUG FÜR DEN VOLLZUG

»Ich stehe für
Deutschland.
Denn bei uns
werden alle gleich
behandelt.«

Sascha Möbius
Strafvollzugsbediensteter

BUNDESHAUPTVORSTAND



BUNDESHAUPTVORSTAND



Neu gewählt:
Landes-
vorsitzender
Oliver
Mageney

NIEDERSACHSEN

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1** Kampagne des BMJV:
„Rechtsstaat ein Gesicht geben“
- 2** Landesgewerkschaftstag des VNSB:
Bundesleitung wünscht der neuen
Landesleitung VNSB viel Erfolg
- 3** Vorsitzende BSBD Frauen-
vertretung Ingrid Bernhard berichtet
über die Hauptversammlung
der dbb bundesfrauen
- 3** dbb bundessenorenvertretung:
Positionspapier zu Gesundheit
und Pflege
- 4** Menschen mit Behinderung:
Gleichstellung auch für verbeamtete
Kolleginnen und Kollegen

LANDESVERBÄNDE

- 6** Baden-Württemberg
 - 21** Bayern
 - 23** Berlin
 - 29** Brandenburg
 - 33** Hamburg
 - 35** Hessen
 - 42** Mecklenburg-Vorpommern
 - 49** Niedersachsen
 - 51** Nordrhein-Westfalen
 - 65** Rheinland-Pfalz
 - 71** Saarland
 - 72** Sachsen
 - 74** Sachsen-Anhalt
 - 78** Schleswig-Holstein
 - 79** Thüringen
-
- 74** Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 4-5/2019:



15. Oktober 2019

Kampagne des BMJV

„Rechtsstaat ein Gesicht geben“

Das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) startete eine Kampagne mit dem Motto „Rechtsstaat ein Gesicht geben“.

So heißt es auf der Website des **BMJV**: „Täglich setzen sich Menschen in den unterschiedlichsten Justizberufen für unseren Rechtsstaat ein. Das wird allzu häufig als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Doch sie machen den Rechtsstaat überhaupt erst möglich – engagierte RechtspflegerInnen, Richter, StaatsanwältInnen, Gerichtsvollzieher, BewährungshelferInnen und viele mehr.“



Ministerin Katharina Barley mit dem Hamburger Strafvollzugsbediensteten Sascha Möbius, der sich für die Kampagne „Rechtsstaat ein Gesicht geben“ zur Verfügung stellte.



„Rechtsstaat ein Gesicht geben“ – Wir zeigen, wofür die Menschen in den Berufen der Justiz mit ihrer Arbeit stehen: Für unser friedliches Zusammenleben, das nur funktioniert, weil es Regeln gibt, die auch durchgesetzt werden. Dazu stellen wir stellvertretend für die vielen anderen acht Männer und Frauen vor, die den unterschiedlichen Berufen in der Justiz ein Gesicht geben.“

Der Beruf des Justizvollzugsbeamten ist in dieser Kampagne neben den Richtern, den Staatsanwälten, den Gerichtsvollziehern, den Justizwachtmeistern,

den Rechtspflegern und den Justizfachangestellten vertreten. Verbreitet wird sie mittels Plakatwerbung und in den sozialen Medien. Der Hamburger AVD-Kollege und Mitglied des **LVHS/BSBD** Sascha Möbius stellte sich für ein Interview zur Verfügung.

Unterstützt wurde er selbstverständlich durch den Bundesverband **BSBD**, aber auch durch den Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt Billwerder sowie durch die Hamburger Behörde für Justizvollzug. Sascha arbeitet im Frauenvollzug der JVA Billwerder. In seinem



Bundesjustizministerin Katharina Barley hatte die Akteure der Kampagne „Rechtsstaat ein Gesicht geben“ zu einem persönlichen Gespräch nach Berlin eingeladen.

Fotos (4) © BMJV



Unter www.In-Ihrem-Namen.de können die Interviews von Kolleginnen und Kollegen in Justizberufen nachgelesen werden.

Beitrag „Hinter jeder Straftat steckt ein Mensch“, gibt er einen kurzen Einblick in seine Arbeit.

Unter www.In-Ihrem-Namen.de ist der gesamte Beitrag und weitere Interviews von Kolleginnen und Kollegen

der Justizberufe nachzulesen und anzusehen. Nachdem die Beiträge fertiggestellt waren, lud Bundesjustizministerin **Katharina Barley** im Januar dieses Jahres die Protagonisten zu einem persönlichen Gespräch nach Berlin ein,

indem neben einem kurzen Kennenlernen auch Themen der Justizbereiche zur Sprache kamen. Für den **BSBD** machte **Sascha Möbius** in erster Linie auf das Problem des Personalmangels im Justizvollzug und die mangelnde Unterstützung der Länder aufmerksam.

Die Kampagne ist mit Bildern hinterlegt und auch in den sozialen Medien des **BMJV** vertreten. Der **BSBD** begrüßt die Initiative des **BMJV** und bedankt sich bei den Initiatoren und Beteiligten, dass das Augenmerk auch auf die Justizberufe gerichtet wird, die allzu häufig vergessen werden, wenn über die Sicherheit des Landes oder über den Rechtsstaat Deutschland diskutiert wird. So richtet sich der Fokus auch auf den Bereich der Justiz und macht Werbung für unsere anspruchsvolle Arbeit. Vielleicht wecken wir auch so das Interesse bei jungen Leuten und potentiellen Bewerbern für einen Beruf im Justizvollzug. Im weiteren Verlauf der Kampagne sind die Kolleginnen und Kollegen aus den Beiträgen auf Einladung des Bundesjustizministeriums zu einer weiterführenden Podiumsdiskussion am Tag der offenen Tür der Bundesregierung eingeladen. ■

Landesgewerkschaftstag des VNSB

Bundesleitung wünscht der neuen Landesleitung VNSB viel Erfolg

Scheidender Landesvorsitzender Uwe Oelkers verabschiedet

Die **BSBD** Bundesleitung gratuliert dem frisch gewählten neuen Landesvorsitzenden des Niedersächsischen Landesverbandes **VNSB Oliver Mageney** und seinem Landesvorstand zur Wahl.

In der öffentlichen Veranstaltung des 23. Landesgewerkschaftstages am 25. April 2019 in Göttingen überbrachte **Bundesvorsitzender René Müller** die



Teilnehmer der öffentlichen Veranstaltung.

Fotos (2) VNSB/Hufenbach



BSBD Bundesvorsitzender **René Müller** gratuliert dem neu gewählten Landesvorsitzenden **Oliver Mageney**.

persönlichen Glückwünsche der Bundesleitung an die neu gewählte Landesleitung und bedankte sich bei den ausscheidenden Mitgliedern der Landesleitung und dem ehemaligen **Landesvorsitzenden Uwe Oelkers** für die gute Zusammenarbeit im Verband.

In den Redebeiträgen der Justizministerin und weiteren politisch Verantwortlichen des Niedersächsischen Landtages kamen u. a. die Probleme des deutschen Strafvollzuges zur Sprache. Zeitgleich wurde durch die Vertreter

der Landtagsparteien in den jeweiligen Festreden die bisherige Arbeit des **VNSB** gelobt und eine weitere gute Zusammenarbeit eingeworben.

Mit Kritik an der Politik, vor allem an der des niedersächsischen Finanzministers **Reinhold Hilbers**, wurde seitens der Gewerkschaft nicht gespart.

Die Bundesleitung wünscht der neuen Führung des **VNSB** viel Erfolg und eine gemeinsame, gute, konstruktive und effektive Zusammenarbeit im Interesse unserer Mitglieder. ■

Unsere Vorsitzende der Frauenvertretung Ingrid Bernhardt berichtet:

dbb bundesfrauen – Hauptversammlung

Vorbereitung auf den Bundesfrauenkongress 2020

Wie in jedem Jahr fand am 29./30. März 2019 die Frühjahrs-Sitzung der Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung in Königswinter statt.

Neben den wichtigen Lageberichten der einzelnen Gewerkschaftsvertretungen zur Hauptversammlung ging es im Besonderen um die Modalitäten des Bundesfrauenkongresses 2020 sowie deren Vorbereitung.

Am 24. und 25. April 2020 findet der Bundesfrauenkongress in Potsdam statt.

Die einzelnen Gewerkschaftsvertretungen haben aus diesem Grund die Gelegenheit, im Juni die Mitgliederanzahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder festzustellen und an den Bundesvorstand zu melden, damit dieser die Gesamtmitglieder der weiblichen Delegierten an die dbb bundesfrauenvertretung oder an die Bundesfrauenvertretung BSBD weiterleiten kann.

Außerdem wird den Gewerkschaften eingeräumt die Gelegenheit zu nutzen, Anträge an den Bundesfrauenkongress zu stellen. Diese sollten jedoch bis zum 30. November 2019 formuliert und eingereicht sein. Dabei ist zu beachten, dass nur „frauenspezifische“ Themen benannt werden dürfen.

Im Januar 2020 wird eine Sitzung der Hauptversammlung im dbb forum Berlin stattfinden, um ausschließlich über die eingereichten Anträge vorzubereiten zu können.

Liebe Kolleginnen,

hiermit möchte ich dazu aufrufen, Euch Gedanken darüber zu machen, welche Themen uns bewegen und diese erstmal formlos zu Papier zu bringen und an meine E-Mail Adresse (i-mbernhardt@t-online.de) zu senden. Ich werde diese Themen sammeln, bündeln und themengerecht sortieren und als Antrag, wenn gewünscht, weiterleiten. Es reicht eine konkrete Formulierung und eine kurze Begründung dazu, was Ihr inhaltlich zum Ausdruck bringen wollt. Ich hoffe und baue auf Eure rege Teilnahme. Wir haben hier die Chance einer demokratischen Mitbestimmung. Nutzen wir diese.

Mit kollegialen Grüßen
Ingrid Bernhardt



Ingrid Bernhardt im Gespräch mit der stellvertretenden Vorsitzenden der dbb Frauen Jutta Endrutsch und der Beisitzerin Milanie Hengst.

Foto: © Bernhardt

dbb bundessenorenvertretung

Positionspapier zu Gesundheit und Pflege

Im Rahmen des letzten Bundesenienkongresses wurde ein Positionspapier zu den oben genannten Themenbereichen verabschiedet, das ich nachfolgend in Auszügen darstelle.

Deutschland wandelt sich. Die Menschen in Deutschland werden älter. Aufgrund der demografischen Veränderungen wird ein Bevölkerungsrückgang eintreten, gleichzeitig sinkt die Zahl der Erwerbstätigen. Dies hat – neben dem medizinischen Fortschritt – maßgebliche Auswirkungen auf die Finanzierung des Gesundheitssystems, einschließlich der Pflege.

Die dbb bundessenorenvertretung stellt sich diesen Herausforderungen



Aufgrund der demografischen Veränderungen wird ein Bevölkerungsrückgang eintreten.

und wird sich als größer werdende Gruppe aktiv in enger Zusammenarbeit mit der jungen Generation sowie der Gruppe der Erwerbstätigen an deren Bewältigung beteiligen, ihre Kompetenz und Erfahrung einbringen und darauf achten, dass Überforderungen oder Benachteiligungen einzelner Gruppen vermieden werden.

In der Kranken- und Pflegeversicherung wollen wir daran mitwirken, dass eine qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung aller Bevölkerungsschichten, unabhängig von der finanziellen Situation und dem Versicherungsstatus des Einzelnen sowohl in Städten, als auch im ländlichen Raum gesichert wird. Dafür muss das

Solidarprinzip an die demografischen Herausforderungen dynamisch angepasst und zukunftsfest weiterentwickelt werden.

Um ein Übermaß an stationären Behandlungen – besonders in der Orthopädie – zu verhindern, gilt es, ein ausgewogenes Maß an Kostenbewusstsein und medizinischer Notwendigkeit zu finden. Rationierungen im Gesundheitswesen hingegen sind abzulehnen. Auch im hohen Alter haben Prävention und Rehabilitation große Bedeutung im Hinblick auf Selbständigkeit, Autonomie und Teilhabe. Dem muss verstärkt Rechnung getragen werden. Außerdem

sind Pflegezeiten besser bei Rente und Versorgung zu berücksichtigen.

Hinsichtlich der Vergütungen und Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal fordert die **dbb bundesseniorenvertretung** eine deutliche Verbesserung. Dieses Thema gewinnt mit dem fortschreitenden demografischen Wandel zunehmend an Brisanz. Eine deutliche Verbesserung der Einkommenssituation der Beschäftigten führt neben einer Stärkung der Attraktivität der pflegerischen Berufe auch zu mehr Arbeitszufriedenheit und damit zu einem längeren Verbleib in der Phase der Erwerbstätigkeit. Beschäftigte in



Bundesseniorenvertreter Klaus Neuenhüsges.

pflegerischen Berufen erfahren häufig nicht die der Bedeutung ihrer Tätigkeit für den Wohlfahrts- und Sozialstaat angemessene Anerkennung.

Dies wirkt sich nicht nur negativ auf die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten aus, sondern auch auf die Nachwuchsgewinnung. Im Hinblick auf den demografischen Wandel und den damit einhergehenden Anstieg des Personalbedarfs müssen die Attraktivität der sozialen Berufe und deren Bild in der Öffentlichkeit dringend verbessert werden.

*Klaus Neuenhüsges
Bundesseniorenvertreter*



Eine qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung aller Bevölkerungsschichten, sowohl in Städten, als auch im ländlichen Raum muss gesichert sein. Foto: © Zerbor – Fotolia.com

Menschen mit Behinderung:

Gleichstellung auch für verbeamtete Kolleginnen und Kollegen

Auch bei Beamten auf Lebenszeit kann trotz deren besonderer Rechtsstellung eine Gleichstellung angezeigt sein.

Wegen des besonderen Dienstverhältnisses, dem Anspruch auf Fürsorge und dem „normalerweise“ vom Dienstherrn „unkündbaren“ Beamtenverhältnisses, muss der behinderte Mensch **besondere Umstände** vortragen. Dabei ist zu bedenken, dass der Schutzzweck der Gleichstellung hier anders gelagert ist. Im Vordergrund der Gleichstellung steht hier die Wahrung von Rahmenbedingungen.

Besondere Umstände können sein:

- Der Arbeitgeber kommt seiner Fürsorgepflicht nicht nach, wenn er z. B. eine Anpassung des Arbeitsbereiches ablehnt.
- Einbußen der Konkurrenzfähigkeit aufgrund der Behinderung führen dazu oder haben dazu geführt, dass eine Beförderung versagt wird/bleibt.
- Eine Verlagerung des Dienstortes führt aufgrund der Behinderung zu

besonderen Härten und damit zu Beeinträchtigung der Arbeitsleistung.

- Der Anspruch auf adäquate Beschäftigung wird aufgrund der zurückgegangenen Leistungsfähigkeit in Frage gestellt.
- Die vorzeitige Beendigung des Dienstverhältnisses aufgrund der Behinderung droht.

Einzelheiten zur Gleichstellung nach SGB IX § 151 (alt § 68)

In der Regel erfolgt eine Gleichstellung ja nur bei drohendem Verlust des Arbeitsplatzes und sofern die Bedrohung des Beschäftigungsverhältnisses/drohender Verlust des Arbeitsplatzes kausal mit der Behinderung korrespondiert.

Hieraus ergeben sich mehrere wichtige Fakten. Bei tariflich unkündbaren Arbeitnehmern ist ein Verlust des Arbeitsplatzes somit i. d. R. im Rahmen einer ordentlichen Kündigung nicht gegeben. Vergleichbares bei Beamten.

Es ist jedoch in beiden Fällen trotzdem möglich, eine Gleichstellung zu be-

gründen und zu erlangen. Bei unkündbarem Arbeitnehmer aus dem Grund, eine drohende Um- bzw. Versetzung auf einen anderen nicht gleichwertigen Arbeitsplatz oder einen der Behinderung nicht angemessenen Arbeitsplatz abzuwehren. Weiter aber auch, um die Rechte aus § 164 SGB IX in Anspruch nehmen zu können, sofern diese der Sicherung/Erhalt des Arbeitsverhältnisses/Beschäftigungsverhältnisses dienen.

Die gleichen Gründe gelten zur Erlangung einer Gleichstellung bei Beamten.

Weiter gibt es ein Urteil des SG Hamburg (v. 02.07.92, 13 AR 1736/91); darin wird auf den kausalen Zusammenhang zwischen Gefährdung des Arbeitsplatzes und der Behinderung verzichtet, sofern der Arbeitsplatz aus Rationalisierungsgründen gefährdet ist und in der Behinderung eine erhebliche Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit gegeben ist.

Entnommen aus der Informationsseite der Schwerbehindertenvertretung „KomSem“

Redaktions- Team

für die Fachzeitschrift „Der Vollzugsdienst“

Wir suchen Verstärkung!

Hast du Lust, in einem ehrenamtlichen Team gemeinsam kreative Ideen zu entwickeln und umzusetzen?

Du bringst bereits erste Kenntnisse in den Bereichen Printgestaltung, IT oder Public Relations mit?

Oder würdest gerne mehr darüber lernen?

Dann bist du bei uns genau richtig.

Wir freuen uns auf deine Bewerbung.

Bewerbung per Mail an vollzugsdienst@bsbd.de

The logo for BSBD (Gewerkschaft Strafvollzug) features the letters 'BSBD' in a bold, blue, sans-serif font. Above the letters is a blue graphic element consisting of a horizontal line that curves upwards at both ends, resembling a stylized roof or a bridge.

Gewerkschaft Strafvollzug

Für mehr Informationen
wende dich an deinen Landesverband